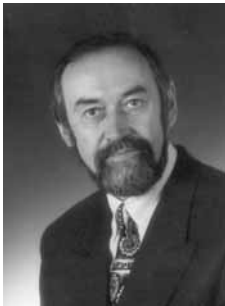


---

# Nach den Wahlen – vor den Wahlen? – Konsolidierung und Parlamentswahlen in Tschechien 2006

Karel Vodička

---



Dr. Karel Vodička, geb. 1949, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg; Studium der Rechtswissenschaften an der Karlsuniversität Prag; Promotion 1980; danach wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Brunn, des Collegium Carolinum München und der Karlsuniversität Prag, Fakultät für Sozialwissenschaften.

## Abstract

The consolidation of the Czech political system is far advanced, although not yet concluded. It cannot be ruled out that the transformation process to a lower level of consolidation will come to a stop. The government formation after the 2006 parliamentary elections is proving to be extremely difficult. The consolidation of the political system and its institutional stability are nevertheless not at risk.

## I. Zum Konsolidierungsstand

Die Bewertung des Konsolidierungsgrades ist umstritten, weil verschiedene Faktoren im Transformationsprozess unterschiedlich gewichtet werden. Nach den Kriterien Robert A. Dahls<sup>1</sup> oder Samuel P. Huntingtons müsste das politische System Tschechiens als konsolidiert erachtet werden. Petr Fiala<sup>2</sup> und Soňa Szolományi<sup>3</sup> halten ihr jeweiliges Land (Tschechien/Slowakei) für eine konsolidierte Demokratie. Auch im *Freedom-House*-Rating werden die Tschechische und Slowakische Republik den konsolidierten Demokratien zugerechnet.<sup>4</sup> Demgegenüber beurteilt Timm Beichelt<sup>5</sup> Tschechien als „formal demokratisches Regime“, und die Slowakei (zusammen mit Russland und der Ukraine) als „mini-

---

1 Robert A. Dahl, *Demokracie a její kritici*, Praha 1995, S. 212.

2 Petr Fiala, *Česká republika, transformující se nebo konsolidovaný politický systém?* In: *Středoevropské politické studie*, 1/2001, <http://www.iips.cz/seps/index.php?ID=7>, S. 4.

3 Soňa Szolományi, *Cesta Slovenska k demokracii: od „devianta“ k štandardnej novej demokracii*. In: Grigorij Mežnikov/Olga Gyárfášová (Hg.), *Slovensko: Desať rokov samostatnosti a rok reforiem*, Bratislava 2004, S. 9–24, hier 10. <http://www.freedomhouse.org/ratings>.

5 Timm Beichelt, *Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa*. In: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur*, Opladen 2002, S. 183–198, hier 198.

maldemokratisches Regime“. Michal Kubát<sup>6</sup> bezeichnet Tschechien als konsolidierte, die Slowakei als lediglich „semikonsolidierte“ Demokratie.

Für eine komparative Analyse des Konsolidierungserfolgs erscheint das von Wolfgang Merkel entwickelte Konsolidierungsmodell geeignet, da es eine getrennte Evaluation einzelner Segmente des politischen Systems und damit eine differenziertere Betrachtung ermöglicht. Merkel unterscheidet vier Konsolidierungsebenen: konstitutionelle Konsolidierung, repräsentative Konsolidierung, Verhaltenskonsolidierung und Konsolidierung der Bürgergesellschaft. Der Konsolidierungsprozess verläuft auf allen Ebenen parallel, jedoch ist er in der Regel zuerst auf der konstitutionellen und zuletzt auf der Ebene der Bürgergesellschaft abgeschlossen.<sup>7</sup> Die tschechischen Erfahrungen bestätigen Merkels Prämissen.

### 1. Konstitutionelle bzw. institutionelle Konsolidierung

Die konstitutionelle Konsolidierung bezieht sich insbesondere auf die Verfassungsinstitutionen und das Wahlgesetz.<sup>8</sup> Es müssen wohl auch andere staatliche Institutionen und die Befestigung der gesamten Verfassungs- und Rechtsordnung hinzugerechnet werden, so dass von einer institutionellen Konsolidierung gesprochen werden kann. Wichtig ist, dass zu der konstitutionellen Konsolidierung nicht nur die formale Herausbildung dieser Institutionen gehört, sondern auch die Einhaltung der Spielregeln durch die Akteure. Der konstitutionelle Konsolidierungsprozess lässt sich in Tschechien – aus formaler Sicht – als abgeschlossen bezeichnen. Allerdings gibt es nach wie vor Defizite in der Akzeptanz der Spielregeln durch relevante Akteure, wie es sich bei den Parlamentswahlen 2006 und bei den anschließenden Versuchen der Regierungsbildung gezeigt hat. Im Wahlkampf wurden auch unlautere Praktiken angewendet: Spitzenpolitiker der ODS stellten bei den Regierungsbildungsversuchen zeitweise Verfassungsgrundsätze wie das Mehrheitsprinzip in Frage.

Das Gewaltenteilungssystem funktioniert in Tschechien gut und die Verfassungsprinzipien finden sukzessive ihren Weg in die politische Praxis. Die Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit konnte in den Transformationsjahren 1993 bis 2005 überwunden werden. Der Senat wurde 1996 als zweite Parlamentskammer gewählt. Durch die Einrichtung regionaler Selbstverwaltungsorgane (*kraje*) und die Kreistagswahlen im Jahre 2000 wurde einer – bis dahin schlafenden – Verfassungsinstitution Leben eingehaucht. Ein Teil der zentralen Macht erfuhr dadurch eine Dezentralisierung. Am 1. Januar 2003 wurde das in der Verfassung vorgesehene Oberste Verwaltungsgericht ins Leben gerufen, das mit der Zeit zu einer – dringend notwendigen – Verbesserung der öffentlichen Verwaltung beitragen könnte.

6 Michal Kubát, *Postkomunismus a demokracie*, Praha 2003, S. 27.

7 Wolfgang Merkel, *Systemtransformation*, Opladen 1999, S. 145.

8 Ebd.

Die Entscheidungen des Verfassungsgerichts werden von den politischen Akteuren respektiert. In der Zeit des ČSSD/ODS-Machtkartells (sog. Oppositionsvertrag) von 1998 bis 2002 wurde deutlich, dass das Verfassungsgericht seine Funktion im Gewaltenteilungssystem erfüllt. Es erwies sich als eine wirksame Barriere gegen die Anstrengungen der Parlamentsmehrheit, die in der Verfassung verankerten Grundparameter des politischen Systems abzuändern. Das Verfassungsgericht hob zum Beispiel – aufgrund der Verfassungsbeschwerde des Staatspräsidenten Václav Havel – diejenigen Bestimmungen des Wahlgesetzes 204/2000 auf, die das Wahlsystem zugunsten der großen Parteien deformierten.<sup>9</sup> Das Wahlgesetz hätte ansonsten zur Machtverfestigung der Großparteien und zur Marginalisierung ihrer kleineren Konkurrenten geführt.

Die Parlamentswahlen verliefen korrekt und das Verhältniswahlrecht, mit dem das Abgeordnetenhaus gewählt wird, hat sich bis 2006 grundsätzlich bewährt. Bis dahin ermöglichte jede Wahl eine Regierungsbildung und das Parlament sprach noch keiner Regierung das Misstrauen aus. Die starke Parlamentsfraktion der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM), die ständig in der Opposition ist, erschwert allerdings nachhaltig die Bildung einer Regierungskoalition.<sup>10</sup> Das Wahlergebnis 2006 ermöglichte zwar auch eine Regierungsbildung; wegen der extremen Polarisierung im Wahlkampf und der Feindschaft der Parteiführungen wurde nach den Wahlen jedoch nicht ernsthaft versucht die Gräben zuzuschütten und eine große ODS/ČSSD-Koalition zu bilden.

Das institutionelle System und die in ihm verlaufenden Entscheidungsprozesse sind durch klientelistische Beziehungen und Korruption wesentlich beeinträchtigt. Die Bestechung, in der kommunistischen Zeit von den Menschen als etwas Natürliches angesehen, verbreitete sich im Zuge der Privatisierung der 1990er Jahre explosionsartig.<sup>11</sup> Die informellen sozialen Beziehungen, die sich im Kommunismus herausgebildet hatten, überdauerten und verfestigten sich. In Tschechien kann die Korruption, die mit den vorrevolutionären Beziehungsnetzen eng zusammenhängt, als ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Organisation angesehen werden.<sup>12</sup>

Nach Auffassung der Bürger sind von der Korruption insbesondere politische Parteien, öffentliche Verwaltung, Banken und Polizei betroffen.<sup>13</sup> Korruption und Wirtschaftskriminalität werden von 80 Prozent der Befragten als das gravierendste Problem des Landes empfunden.<sup>14</sup> Im Wahlkampf 2006 beschäftigten

9 Nález Ústavního soudu 64/2001 Sb. (Entscheidung des Verfassungsgerichts Nr. 64/2001 Slg.).

10 Karel Vodička, *Das politische System Tschechiens*, Wiesbaden 2005, S. 144.

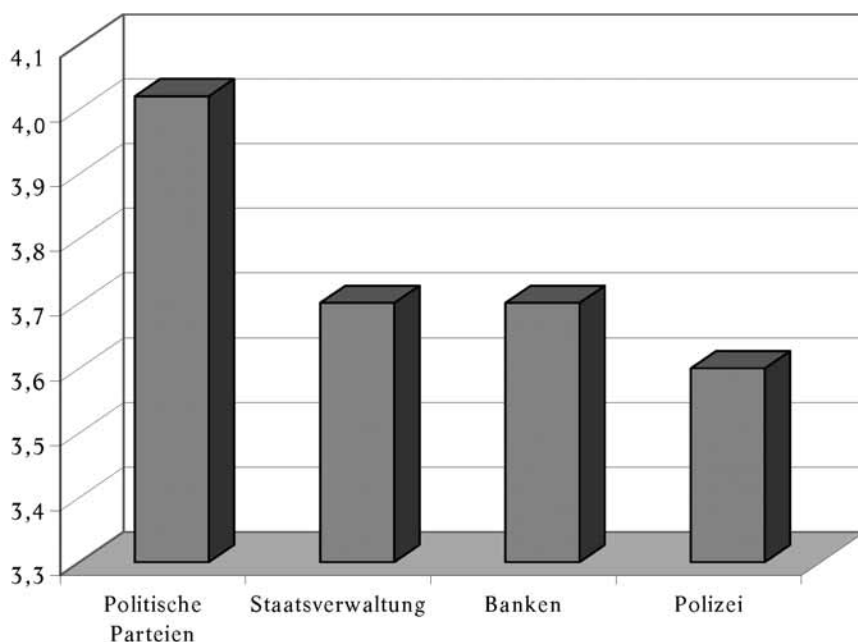
11 *Korupce a protikorupční politika v České republice*, Monitoring procesu vstupu do EU, Open Society Institute 2002, [http://www.transparency.cz/pdf/osi\\_2.pdf](http://www.transparency.cz/pdf/osi_2.pdf), S. 79.

12 Veronika Lopourová, *Koncept korupce v českém transformačním kontextu*. In: *Politologický časopis*, 4 (2004), S. 354–369, hier 366.

13 *Korupce a protikorupční politika v České republice*, Monitoring procesu vstupu do EU, Open Society Institute 2002, [http://www.transparency.cz/pdf/osi\\_2.pdf](http://www.transparency.cz/pdf/osi_2.pdf), S. 80.

14 Ebd., S. 78.

Welche Institutionen sind am meisten von der Korruption betroffen?



Bewertung auf der Skala zwischen 1 und 5, wobei 5 den höchsten Korruptionsgrad bezeichnet. Quelle: Open Society Institute 2002: Monitoring procesu vstupu do EU: Korupce a protikorupční politika, S. 80.

mehrere Korruptionsaffären bzw. -verdächtigungen die Medien, in die prominente Politiker aller Parlamentsparteien verwickelt waren. Dies wirkt sich verheerend auf das Vertrauen der Bürger in die Politik aus. Die Bestechlichkeit wird von der Öffentlichkeit scharf kritisiert und die Unfähigkeit bzw. der Unwille der politischen Eliten mit dieser Angelegenheit fertig zu werden, schwächt die Legitimität des politischen Systems und seiner Institutionen.

## 2. Repräsentative Konsolidierung

Die intermediären Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände, Berufskammern, Kirchen und Vereine haben an Bedeutung gewonnen und erfüllen zunehmend ihre Funktion als organisierte Interessenvertretungen.<sup>15</sup> Das tschechische Parteiensystem konsolidierte sich rasch.<sup>16</sup> Die Wähler identifizier-

<sup>15</sup> Vodička, Das politische System Tschechiens, S. 123–138.

<sup>16</sup> Fiala, Česká republika, transformující se nebo konsolidovaný politický systém?; Lubomír Brokl, Repräsentace zájmů v politickém systému České republiky, Praha 1997, S. 97.

ten sich zunehmend mit bestimmten Parteien und die Anzahl der Parlamentsparteien sank. Die Schwankungen der Wählerpräferenzen sind zwar heftiger als in konsolidierten Demokratien, jedoch weniger unberechenbar als in den meisten postkommunistischen Ländern.<sup>17</sup>

### 3. Verhaltenskonsolidierung

Die dritte Konsolidierungsebene betrifft das Verhalten informeller politischer Akteure (Militär, Finanzkapital, Unternehmer). Vieles deutet darauf hin, dass diese Ebene noch nicht als konsolidiert bezeichnet werden kann. Die Kardinalfrage lautet, ob die informellen Akteure ihre Interessen innerhalb oder außerhalb des legitimen politischen Systems verfolgen. Die Armee verhält sich in der tschechischen Tradition loyal. Der Unternehmenssektor zeichnet sich hingegen durch die Tendenz aus, seine Interessen außerhalb der institutionellen Struktur des Staates zu verfolgen.<sup>18</sup> Die Unternehmer kommen oft in Versuchung ihre Ansprüche und Interessen mit Hilfe illegitimer Techniken wie Klientelismus, Bestechung und Betrug durchzusetzen.<sup>19</sup> Dieses Verhalten schwächt die Legitimität der demokratischen Ordnung und wertet die Qualität des Wirtschaftsstandortes ab.

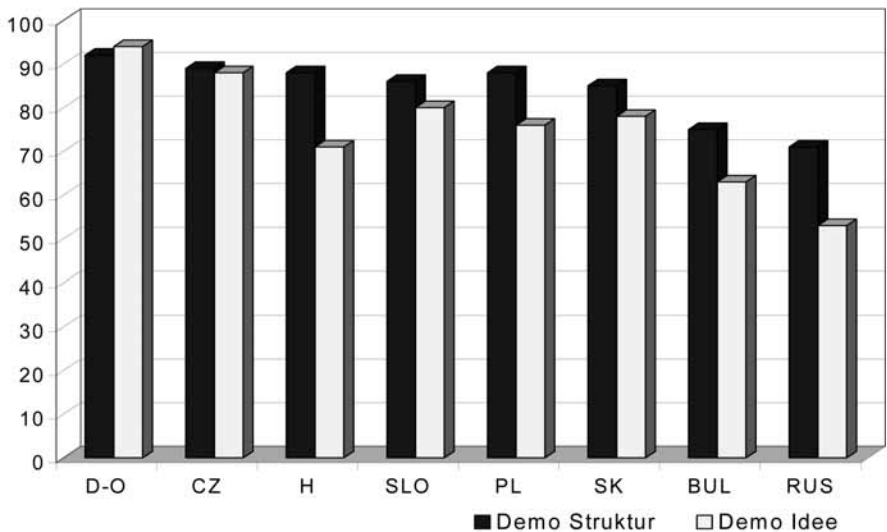
In Tschechien agieren einflussreiche Interessengruppen, die daran interessiert sind die derzeitigen intransparenten Verhältnisse zu bewahren. Der Umfang ihrer Wirkung kann nach verschiedenen Anhaltspunkten wie etwa Korruptionsanalysen, Umfragen und Insider-Berichten nur geschätzt werden. Einige Analytiker heben ihre Rolle als „die wahrscheinlich wichtigsten Bremsen im Transformationsprozess“<sup>20</sup> hervor.<sup>21</sup> Diese Gruppen eindeutig zu identifizieren und ihre Existenz zu belegen, ist freilich fast unmöglich, weil ihre Wirkung auf Intransparenz beruht.

- 
- 17 Vodička, Das politische System Tschechiens, S. 271; ders., Das politische System Tschechiens. In: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2004, S. 247–284, hier 264; ders./Ladislav Cabada, Politický systém České republiky, Praha 2003, S. 328.
- 18 Karel Vodička, Political Systems of the Czech and Slovak Republics. A Comparison of Risks and the Consolidation Process. In: Grigorij Mesežnikov/Olga Gyárfášová (Hg.), Slovakia, Ten years of independence and a year of reforms, Bratislava 2004, S. 27–48, hier 41.
- 19 Jan Sopóci, Ekonomické záujmové skupiny v slovenskej politike v 90. rokoch. In: Politologický časopis, 2 (2001), S. 166–176, hier 174; Michal Klíma, Výročí televízni manipulácie. In: Mladá fronta dnes, 14.03.2003, S. 8; Jiří Pehe, Vítězství politického šibrovství, 2003, <http://www.pehe.cz/Zapisnik/03-11-10.htm>, S. 1.
- 20 Vladimír Krivý, Súvislosti hodnotenia činnosti vlády SR verejnou. In: Grigorij Mesežnikov (Hg.), Povolebné Slovensko, Bratislava 2003, S. 21–41, hier 34.
- 21 Jan Sopóci, Ekonomické záujmové skupiny v slovenskej politike v 90. rokoch, S. 174; Michal Klíma, Klientelistická strana. In: Mladá fronta dnes, 07.04.2003, S. 8; Jiří Pehe, Vítězství politického šibrovství. <http://www.pehe.cz/Zapisnik/03-11-10.htm>, S. 1.

#### 4. Konsolidierung der Bürgergesellschaft

Unter der Konsolidierung der Bürgergesellschaft wird die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokultureller Unterbau der Demokratie verstanden.<sup>22</sup> Nach empirischen Untersuchungen zeichnen sich die Tschechen – im postkommunistischen Vergleich – durch ausgeprägte Demokratiepräferenzen aus: 84 Prozent der Bevölkerung stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie zwar keine ideale, aber doch die beste von allen anderen Regierungsformen sei.<sup>23</sup> Der Prozentsatz der Tschechen, die die Demokratie in jedem Fall einer Diktatur vorziehen, bewegt sich seit 1990 über 70 Prozent und ist im postkommunistischen Mitteleuropa am größten. In den westeuropäischen Demokratien liegt die generalisierte Demokratieunterstützung zwar höher als in Tschechien, in Osteuropa aber niedriger.<sup>24</sup>

#### Diffuse Demokratieunterstützung (2000)



*Demo Struktur*: „Die Demokratie ist die angemessenste Regierungsform“; *Demo Idee*: „Die Idee der Demokratie ist auf jeden Fall gut“. Quelle: Pickel/Jacobs, Einstellungen zur Demokratie, S. 6.

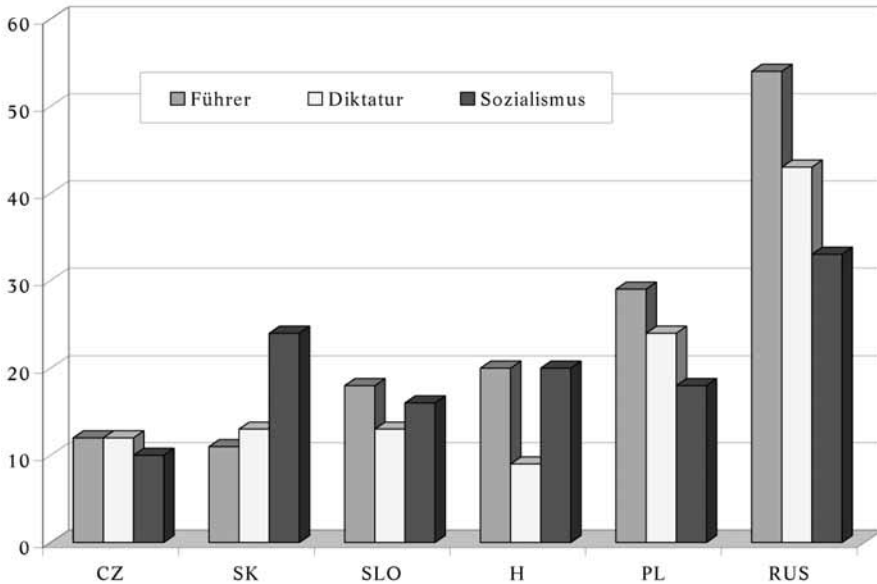
22 Merkel, Systemtransformation, S. 146.

23 Jan Červenka, Demokracie, lidská práva a korupce mezi politiky, CVVM-Bericht Naše společnost 2002, pd 21004, S. 3.

24 Fritz Plasser/Peter Ulram/Harald Waldrauch, Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung, Opladen 1997, S. 122–125; Gert Pickel/Jörg Jacobs, Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas, Frankfurter Institut für Transformationsstudien, Studie Nr. 9/01, 2001, S. 6.

Eine überwältigende Mehrheit der Tschechen unterstützt den pluralistischen Parteienwettbewerb. Der Anteil der tschechischen Bürger, die anstelle des Parlaments lieber einen „starken Mann“ mit großer Entscheidungsgewalt sehen würden, sank von 22 Prozent (1993) auf 10 Prozent (2000) und damit auf den niedrigsten Wert im Vergleich mit den postkommunistischen Nachbarländern.<sup>25</sup>

#### Unterstützung antidemokratischer Systemalternativen (2000)



*Führer:* „Es ist das Beste, das Parlament loszuwerden und einen starken Führer zu haben, der die Dinge schnell entscheiden kann“.

*Diktatur:* „Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die beste Regierungsform.“

*Sozialismus:* „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“

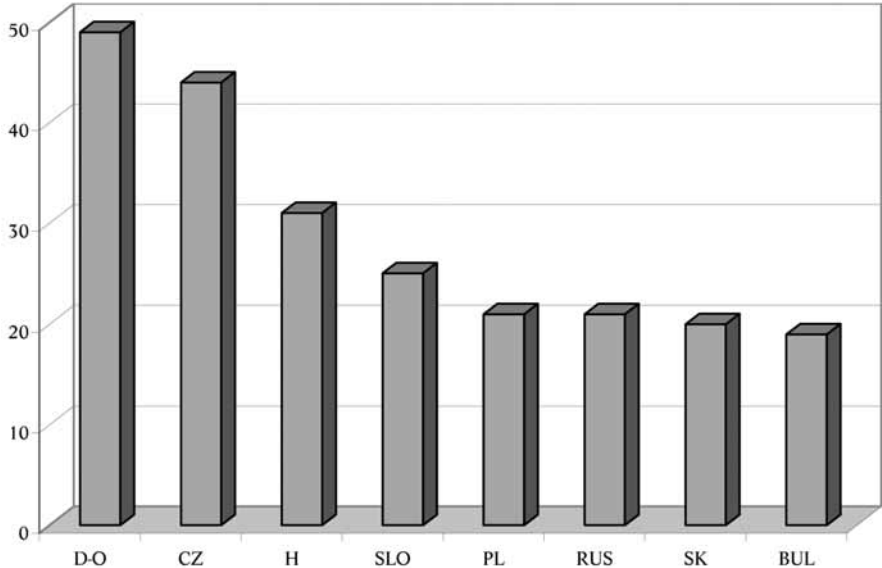
Quelle: Pickel/Jacobs, Einstellungen zur Demokratie, S. 6.

Bei einer länderübergreifenden Betrachtung werden drei Ländergruppen sichtbar: 1) konsolidierte Demokratien Westeuropas mit einer robusten Demokratieunterstützung; 2) osteuropäische Autokratien, die aus der Konkursmasse des sowjetischen Imperiums entstanden sind, in welchen die Demokratieunterstützung bzw. die Ablehnung der antidemokratischen Systemalternativen niedrig sind; 3) dazwischen liegen die postkommunistischen Länder Mitteleuropas, die 2004 der EU beigetreten sind. Die Demokratieunterstützung liegt in dieser Ländergruppe zwischen der in konsolidierten westlichen Demokratien und jener in Osteuropa – sie befindet sich irgendwo auf dem verschlungenen Pfad

<sup>25</sup> Plasser/Ulram/Waldrauch, Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, S. 125–128; Pickel/Jacobs, Einstellungen zur Demokratie, S. 6.

zwischen Moskau und Brüssel. In dieser Gruppe der postkommunistischen Mitteleuropastaaten erreicht Tschechien oft die höchsten Demokratiezustimmungswerte.

„Die Demokratie, wie sie sich aktuell präsentiert, funktioniert gut“



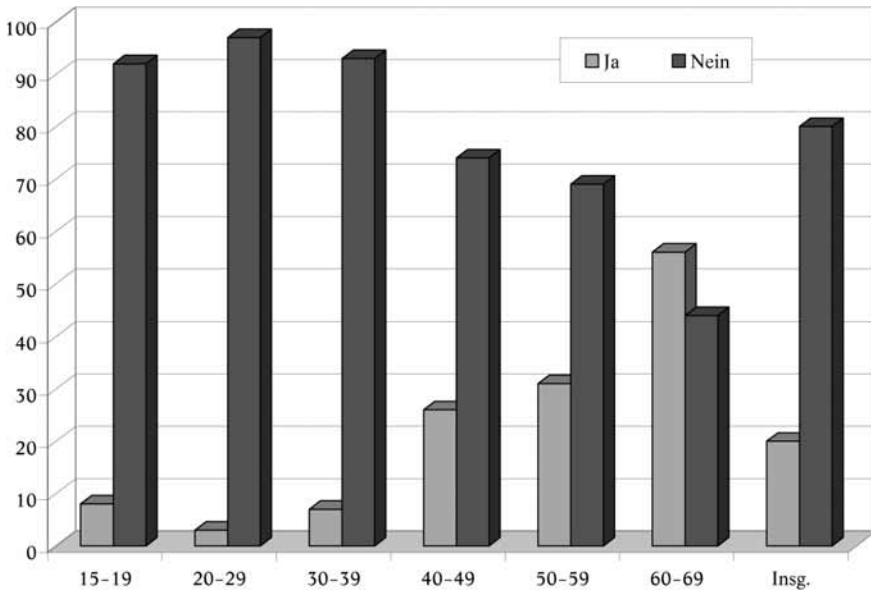
Jahr 2000, Zustimmung in %. Quelle: Pickel/Jacobs, Einstellungen zur Demokratie, S. 6.

Mit dem konkreten Funktionieren des demokratischen Systems sind jedoch die Tschechen eher unzufrieden. Die tschechischen Bürger vertreten die Meinung, dass das gegenwärtige System, verglichen mit dem kommunistischen, für sie etwa gleich viele Vorteile wie Nachteile hat. Sie schätzen die Freiheiten (Reisefreiheit, freier Zugang zu Informationen), kritisieren jedoch den Sicherheitsverlust (subjektives Sicherheitsempfinden, soziale Sicherheiten).

Eine nicht sehr deutliche, jedoch immerhin eine Mehrheit der Tschechen bewertet das gegenwärtige System im Vergleich zum Kommunismus als das bessere. Die Antworten auf Fragen nach der persönlichen Lebenssituation im alten und neuen Regime fallen dagegen ambivalent aus. In einigen Bereichen wie Reisemöglichkeiten, Zugang zu Informationen und Meinungsäußerungsfreiheit wird das gegenwärtige System positiver bewertet. Gemeinsamer Nenner dieser Aspekte ist die neu gewonnene Freiheit. In der tschechischen Gesellschaft besteht ein Konsens darüber, dass das derzeitige Regime mehr Freiheiten bietet als das frühere, kommunistische. Demgegenüber gibt es aber auch Lebensbereiche, in welchen die gegenwärtige Situation als schlechter perzipiert wird. Dies betrifft insbesondere soziale Sicherheiten und das allgemeine Sicherheitsgefühl.



„Wünschen Sie sich die Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Umbruch 1989?“



Nach Altersgruppen in %. Quelle: Agentur Median in Mladá fronta dnes vom 11.11.2004, S. 1.

Bei Fragen nach politischen Einflussmöglichkeiten, Lebensstandard und persönlicher Zufriedenheit lassen sich drei etwa gleich große Gruppen identifizieren. In der ersten Gruppe herrscht die Meinung vor, dass die derzeitige Lage besser sei als im Kommunismus. Die zweite Gruppe ist vom Gegenteil überzeugt: die politischen Einflussmöglichkeiten und die persönliche Zufriedenheit im Kommunismus seien größer und der Lebensstandard höher gewesen. Die dritte Gruppe sieht für die genannten Aspekte keinen wesentlichen Unterschied. Im Zeitraum 1996 bis 2002<sup>26</sup> nahm allerdings die positive Bewertung des gegenwärtigen Systems zu.<sup>27</sup>

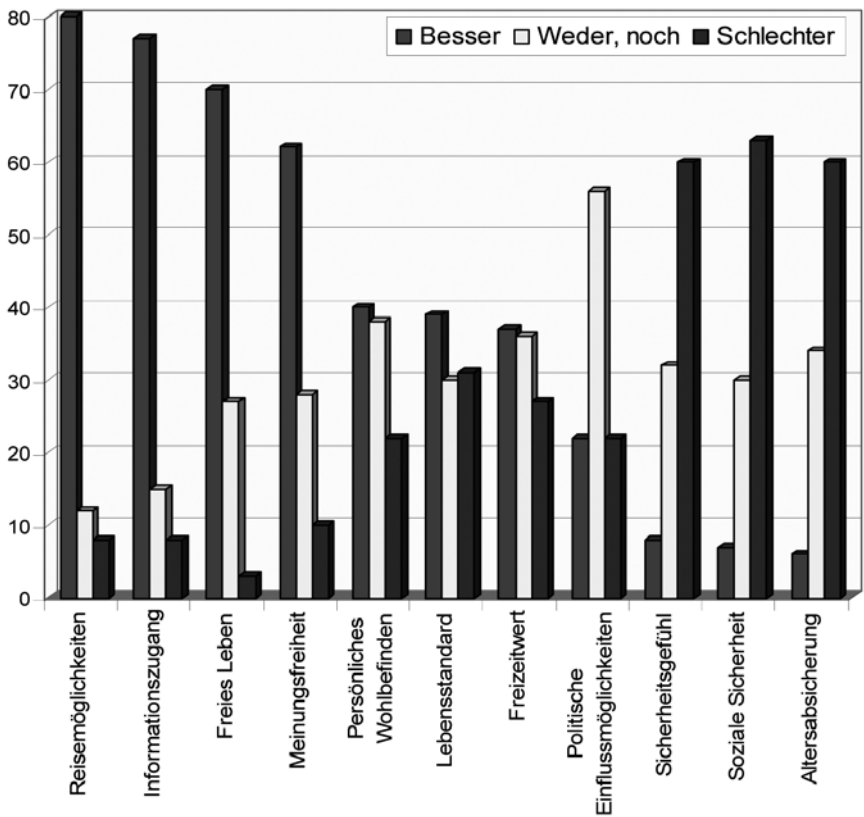
Die Tschechen erweisen sich äußerst skeptisch in der Beurteilung ihrer politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Chance, auf das politische Leben Einfluss zu nehmen, bewerten sie auf dem gleichen Niveau (!) wie im Kommunismus.<sup>28</sup> Lediglich 6 Prozent glauben, sie könnten Angelegenheiten auf gesamt-

<sup>26</sup> Umfragen 1996; 1998; 2002.

<sup>27</sup> Adéla Seidlová, Úroveň demokracie v ČR, CVVM-Bericht Naše společnost 2002, PD 20220, S. 4; Tomáš Kostecký/František Kalvas, Hodnocení současného vývoje v České republice veřejností. In: Grigorij Mesežnikov (Hg.), Povolebné Slovensko, Bratislava 2003, S. 43–54, hier 53.

<sup>28</sup> Kostecký/Kalvas, Hodnocení současného, S. 52.

## Bewertung der eigenen Situation im alten und neuen Regime



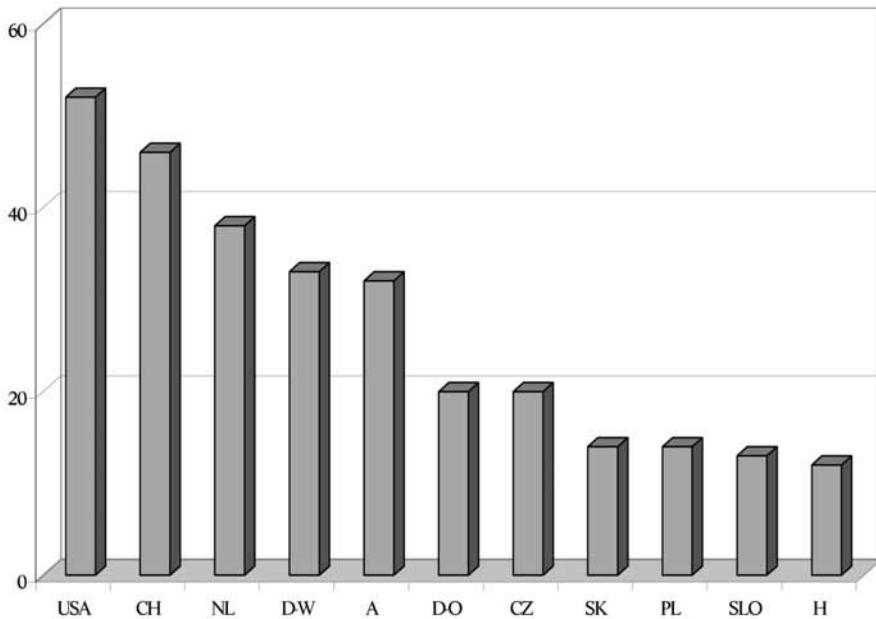
*Wortlaut der Frage:* „Wenn Sie Ihr heutiges Leben mit dem vor dem Umbruch 1989 vergleichen, würden Sie sagen, Ihre Situation ist in diesen konkreten Bereichen deutlich/eher besser; weder noch; deutlich/eher schlechter?“. Quelle: Kostecký/Kalvas, Hodnocení současného vývoje v České republice veřejností, S. 53; Adéla Seidlová, Zájem občanů o politiku, CVVM-Bericht 02-01 (2002), PD 20322, S. 4.

staatlicher Ebene beeinflussen.<sup>29</sup> Nach Ansicht der Bevölkerung werden Entscheidungen der Politiker in erster Linie durch Korruption beeinflusst, die Interessen der Bürger spielen dagegen eine eher untergeordnete Rolle.<sup>30</sup> Das hohe Maß an Skepsis ist vermutlich auch eine der Ursachen für die geringe Partizipationsbereitschaft und relativ niedrige Demokratiezufriedenheit der Bürger.

29 Naděžda Horáková, Uplatňování demokratických práv občanů a hodnocení politického systému u nás, CVVM-Bericht Naše společnost 2004, PD 40216, S. 1; Seidlová, Úroveň demokracie v ČR, S. 3.

30 Seidlová, Zájem občanů o politiku, S. 3.

„Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“



Ablehnung in %. Quelle: Plasser/Ulram/Waldrauch, Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, S. 166.

Die hier zitierten Meinungsumfragen lassen den Schluss zu, dass der Konsolidierungsprozess auf der Ebene der Bürgergesellschaft in Tschechien noch nicht abgeschlossen ist. Zwar erreichen die Tschechen beim Vergleich mit anderen postkommunistischen Ländern in verschiedenen Indikatoren der Demokratieunterstützung oft die besten Umfragewerte. Im Vergleich mit den konsolidierten westlichen Demokratien werden jedoch verschiedene Demokratiedefizite deutlich. Die allgemeine Demokratieunterstützung, die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Institutionen sind niedriger als in konsolidierten Demokratien. Die antidemokratischen Systemalternativen werden nicht völlig abgelehnt, die Partizipationsbereitschaft ist gering. Eine Demokratie kann ohne die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung nicht als wirklich konsolidiert erachtet werden.<sup>31</sup>

<sup>31</sup> Merkel, Systemtransformation, S. 164.

„Was beeinflusst die Entscheidungen der Politiker?“<sup>32</sup>

Durchschnittsbewertung: 1 = im höchsten Maße; 7 = überhaupt nicht

	Einflussfaktor	Bew.
1.	Bestechung	2,78
2.	Lobbyismus	2,82
3.	Interventionen	2,89
4.	Medien	3,59
5.	Erpressung	3,70
6.	Streiks, Demos	3,80
7.	Umfragen	4,35
8.	Bürger	4,90

## II. Programmatische Prioritäten der Hauptkontrahenten 2006

Im Wahlkampf 2006 profilierten sich als die Hauptgegner und als rechte und linke Alternative die Demokratische Bürgerpartei (*Občanská demokratická strana*, ODS) und die Sozialdemokratische Partei (*Česká strana sociálně-demokratická*, ČSSD). Die programmatischen Hauptziele beider Parteien waren in vielen Bereichen ähnlich, die Lösungsansätze allerdings partiell unterschiedlich.

### 1. Die Senkung der Arbeitslosigkeit

Im Vorfeld der Wahl war fast eine halbe Million Menschen (486.000) arbeitslos, der Arbeitslosenanteil betrug 8 Prozent. Die Demokratische Bürgerpartei plädierte dafür die Auszahlung des Arbeitslosengeldes an strengere Voraussetzungen zu binden und die Differenz zwischen Niedriglöhnen und Arbeitslosengeld zu vergrößern, damit es sich wieder lohne, arbeiten zu gehen. Zugleich wollte sie die Steuern und Sozialabgaben radikal senken und den Kündigungsschutz lockern, um die Bereitschaft der Arbeitgeber zu aktivieren, neue Arbeitnehmer anzustellen. Die Sozialdemokraten setzten überwiegend auf die Ansiedlung ausländischer Investoren, womit sie in der Vergangenheit gute Ergebnisse erzielt hatten. Allerdings waren die Arbeiter in den neuen, durch ausländische Investoren gegründeten Firmen etwa zur Hälfte Ausländer, weil es oft nicht gelang die wenig mobilen tschechischen Arbeiter zur Übernahme unterdurchschnittlich bezahlter Stellen zu bewegen.

<sup>32</sup> Seidlová, *Zájem občanů o politiku*, S. 3.

## 2. Die Reform des Rentensystems

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung erschien es unerlässlich das Rentensystem fundamental zu transformieren. Die Demokratische Bürgerpartei wollte in der Zukunft nur eine niedrige Grundrente von 20 bis 25 Prozent des Durchschnittsgehalts staatlich garantieren. Jeder sei außerdem verpflichtet, für die eigene Kapitalrente zu sparen. Im Gegenzug sollten die Sozialabgaben der Arbeitnehmer wesentlich niedriger sein. Die Sozialdemokraten wollten eine aktive demographische Politik betreiben, junge Familien unterstützen und mit erhöhtem Kindergeld fördern. Durch eine erhöhte Geburtenrate sollte ein gesundes Verhältnis zwischen den Bevölkerungsgruppen im aktiven Alter und im Rentenalter bewahrt werden.

## 3. Kampf gegen die Korruption

Jeder dritte Befragte gab zu, mindestens einmal bestochen zu haben. Im Korruptionsindex rangierte Tschechien auf Stufe 47 – mit Griechenland, Namibia und der Slowakei, dicht gefolgt von Trinidad und Tobago. Die Demokratische Bürgerpartei und die Sozialdemokraten beabsichtigten gleichermaßen in den Gerichten Sondersenate einzurichten, die mit der Korruptionsbekämpfung beschäftigt sein sollten. Hohe Politiker und Staatsbeamte sollten ihre Eigentumsverhältnisse offen legen. Die Sozialdemokraten schlugen außerdem verdeckte Ermittler vor, die Staatsbeamte zur Bestechung provozieren und damit helfen sollten die Korruption aufzudecken.

## 4. Verbesserung des Justizwesens

Ein Gerichtsverfahren dauert noch immer im Durchschnitt eineinhalb Jahre. Scheidungsprozesse oder Eigentumsangelegenheiten ziehen sich oft über mehrere Jahre hin. Die Effektivität des Justizwesens ist extrem niedrig. Die Demokratische Bürgerpartei vertrat daher die Meinung, die Zahl der Richter sei zwar groß genug, doch würden sie durch Büroarbeit von der eigentlichen Entscheidungstätigkeit abgehalten. Deshalb trat sie dafür ein, den Richtern Gerichtsangestellte zur Seite zu stellen, die die bürokratische Nebenarbeit erledigen und auf diese Weise die Richter entlasten sollten. Die Sozialdemokraten plädierten dafür, mehr Druck auf Gerichtsvorsitzende und Richter auszuüben, damit sie mehr Verantwortung für die Tätigkeit der Gerichte übernähmen. Die Richter sollten nicht mehr auf Lebenszeit, sondern nur mehr für fünf Jahre berufen werden.

### III. Zur Wahlkampagne

Die Wahlkampagne verlief in den ersten Wochen relativ ruhig. Es wurden vor allem wirtschaftliche und soziale Themen diskutiert und Parteiprogramme präsentiert. In der letzten Woche vor den Wahlen eskalierten jedoch die Auseinandersetzungen und wurden mit allen – auch unlauteren – Mitteln ausgetragen.

Am Montag vor der Wahl wurden von den großen Tageszeitungen die letzten Meinungsumfragen bzw. Wahlprognosen veröffentlicht. Die auflagenstärkste Tageszeitung *Mladá fronta dnes*, die der Demokratischen Bürgerpartei sehr nahe steht, titelte auf der ersten Seite: „Die letzte Wahlumfrage: ODS 30,8 %, ČSSD 24,2 %“.<sup>33</sup> Die mit den Sozialdemokraten sympathisierende Zeitung *Právo* überschrieb ihren Leitartikel gerade umgekehrt: „Die letzte Wahlforschung: ČSSD knapp in Führung“.<sup>34</sup> Die *Mladá fronta dnes*, die die Wahlumfrage bei der Agentur SC&C in Auftrag gegeben hatte, erwähnte überhaupt nicht, dass eine andere Agentur den Wahlsieg der Sozialdemokraten vorausgesagt hatte und stellte die Ergebnisse der Umfrage in verzerrender Weise als Wahlprognose dar. Die Ergebnisse der Wahlumfrage wurden von der *Mladá fronta dnes* offenbar absichtlich einseitig und unrichtig dargestellt, um die Wählerentscheidung zu beeinflussen. In der *Právo*, die die Ergebnisse eines anderen Meinungsforschungsinstituts – der Agentur *Factum Invenio* – präsentierte, wurde zumindest darauf hingewiesen, dass die Agentur SC&C zu einem gegensätzlichen Ergebnis gekommen sei. Die dritte große Tageszeitung *Lidové noviny* stellte die Wahlprognosen bzw. Meinungsumfrage beider Agenturen vor, auch in der Überschrift stellte sie klar: „Der Wahlgewinner? Die Prognosen unterscheiden sich“.<sup>35</sup> In der Darstellung der Meinungsumfragen bzw. der Wahlprognosen war demnach die Tageszeitung *Lidové noviny* die einzige, die unparteiisch berichtete. Es wurde auch mehrmals der Verdacht geäußert, einige Agenturen hätten gegen Millionenzahlungen den Parteien die „geeigneten“ Meinungsforschungsergebnisse geliefert. Dies beeinträchtigte die Glaubwürdigkeit der Umfragen in der Öffentlichkeit.<sup>36</sup>

Am Dienstag vor der Wahl kam ein Skandal an die Öffentlichkeit. Der Chef der Polizeiabteilung für die Aufdeckung der organisierten Kriminalität (*Útvar pro odhalování organizovaného zločinu, ÚOOZ*), Jan Kubice, erklärte in dem vom ODS-Abgeordneten Jan Vidím geführten Parlamentsausschuss für Verteidigung und Sicherheit (*Branně-bezpečnostní výbor, PSP*), die Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität würden von der Spitze der Staatsverwaltung behindert werden. Der „vertrauliche“ Kubice-Bericht enthielt unbegründete Anschuldigungen gegen den ČSSD-Parteichef Paroubek und wurde sofort den Medien zugespielt und im Internet veröffentlicht. Brusk beschuldigte der ODS-Parteichef, Mirek Topolánek, den Regierungschef, Jiří Paroubek, und den Innenminis-

33 *Mladá fronta dnes* vom 29.05.2006, S. 1.

34 *Právo* vom 29.05.2006, S. 1.

35 *Lidové noviny* vom 29.05.2006, S. 1.

36 Tomáš Lebeda, Tschechisches Patt. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006. In: *Ost-europa*, 56 (2006), S. 95–110, hier 98.

ter, František Bublan, sie seien mit der organisierten Kriminalität verbunden und an Auftragsmorden sowie wirtschaftlichen Betrügereien beteiligt. Der Chef der Sozialdemokraten, Paroubek, bezeichnete den Auftritt von Jan Kubice als eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Verschwörung die zum Ziel habe, die Wahlen zu beeinflussen. In den verbleibenden Tagen bis zu den Wahlen berichteten die Tageszeitungen *Mladá fronta dnes* und *Lidové noviny* auf ihren ersten Seiten über dieses Thema, wobei ihre Reportagen eine Verwicklung der Spitze der Sozialdemokraten in die organisierte Kriminalität suggerierten. Die Zeitung *Právo* veröffentlichte hingegen mehrere Artikel, die die Spitze der Sozialdemokratie in Schutz nahmen.<sup>37</sup> Von Anfang an war es jedoch offensichtlich, dass es in den vier Tagen bis zu den Wahlen unmöglich war, den Sachverhalt zu klären und etwas von den Anschuldigungen an der ČSSD-Parteispitze hängen bleiben würde.

Auffallenderweise verspürte der Chef der Polizeiabteilung für organisierte Kriminalität, Jan Kubice, gerade vier Tage vor den Parlamentwahlen das unaufschiebbare Bedürfnis, alle seine legitimen Vorgesetzten (Polizeipräsident, Oberstaatsanwalt, Innenminister) zu umgehen und einen von einem Oppositionsabgeordneten geleiteten und an sich nicht zuständigen Parlamentsausschuss mit „Informationen“ zu versorgen. Hatte er nicht gewusst, dass der Parlamentsausschuss in wenigen Tagen aufgelöst würde und daher kein Ergebnis möglich war? Als Grund für seine Anschuldigungen gab er später an, eine Inspektion des Innenministeriums habe bei einigen seiner Ermittler, die den Auftragsmord an František Mrázek untersuchten, Untersuchungsunterlagen abgeholt. Darin sah er Behinderungsversuche der „höheren Stellen“. In Wirklichkeit hatte sich die Inspektion des Innenministeriums jedoch bereits früher, noch vor dem Mord an Mrázek, mit diesen Polizeibeamten beschäftigt, weil gegen sie ein Verdacht auf Reisekostenfälschung bestand.

Jiří Paroubek bezeichnete die Anschuldigungen der ODS, die Spitze der Sozialdemokraten sei mit dem organisierten Verbrechen verbunden, als politisches Gangstertum und erstattete eine Strafanzeige gegen den ODS-Vorsitzenden Topolánek. Nach den Wahlen erklärte Paroubek, die Affäre sei die eigentliche Ursache für die Wahlniederlage der Sozialdemokraten. Die Anschuldigungen gegen die ČSSD-Spitze erwiesen sich als unbegründet. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bestätigten keine der im Kubice-Bericht geäußerten Verdächtigungen gegen die ČSSD-Spitze. Gegen Kubice wurden mehrere Strafverfahren eingeleitet.

Die Affäre um den Kubice-Bericht war einer der Faktoren, die das Wahlergebnis beeinflussten. Sie beeinträchtigte auch die Koalitionsverhandlungen. Das Verhältnis beider Parteiführungen war so sehr von Feindschaft und Misstrauen geprägt, dass die einzige Koalitionskonstellation, die eine deutliche Parlamentsmehrheit ohne die Stimmen der Kommunisten erbracht hätte, nämlich die große Koalition aus ODS und ČSSD, gar nicht in Erwägung gezogen wurde.

---

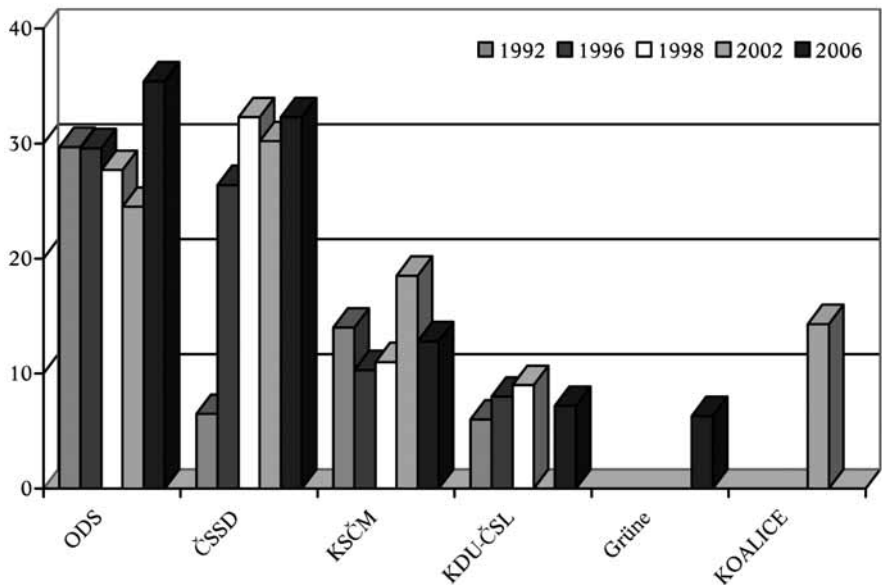
37 Vgl. etwa *Právo* vom 01.06.2006, S. 1.

## IV. Wahlergebnisse

### 1. Die Demokratische Bürgerpartei

Die Demokratische Bürgerpartei (*Občanská demokratická strana, ODS*) gewann die Wahlen mit 35 Prozent der Wählerstimmen und 81 Mandaten. Dies stellte das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte dar. Die ODS war seit ihrer Entstehung 1991 die wichtigste Rechtspartei und führende Kraft der Koalitionsregierungen. Sie prägte die tschechische Innen- und Außenpolitik der 1990er Jahre. Die Teilung der Tschechoslowakei fand unter ihrer Regie statt. Die ODS-Anhänger gehören zu den sozialen Schichten mit überdurchschnittlichem Lebensstandard. Unter ihnen sind viele Unternehmer, Manager und Angestellte mit mittlerer und Hochschulbildung vertreten.<sup>38</sup> Die ODS ist insbesondere in größeren Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern erfolgreich. Zu den ODS-Hochburgen zählen Prag und Reichenberg/Liberec. Die Stellung der ODS wurde 2003 durch die

Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 1992–2006



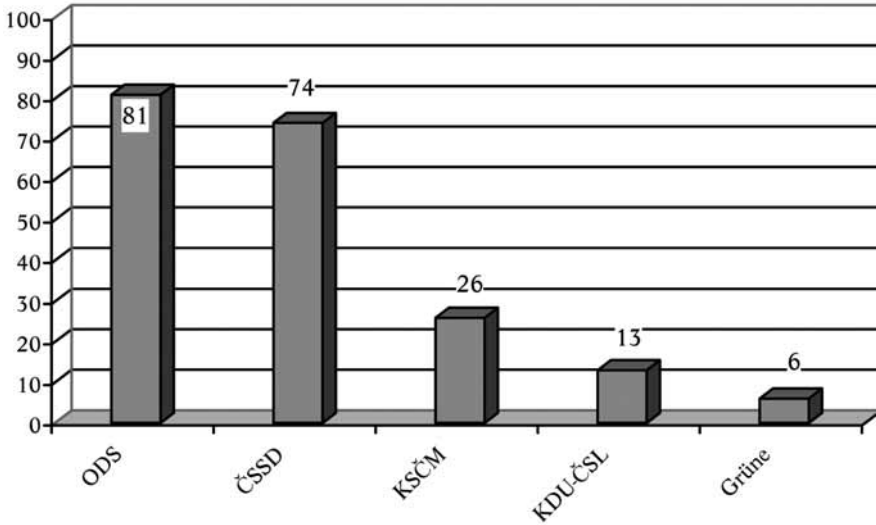
In % der Wählerstimmen. Quelle: Český statistický úřad, [www.volby.cz](http://www.volby.cz).

38 Petr Machonin u. a., *Strategie sociální transformace české společnosti*, Brno 1996, S. 124.



Wahl ihres langjährigen Vorsitzenden, Václav Klaus, zum Staatspräsidenten bekräftigt. Die Demokratische Bürgerpartei verfügt über 21.641 Mitglieder.<sup>39</sup>

Parlamentswahlen 2006. Mandate in der Abgeordnetenkommer.



Quelle: Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

In der Wahlkampagne 2006 propagierte die Demokratische Bürgerpartei vor allem einen Einheitssteuersatz von 15 Prozent, der als Einkommenssteuer für Privatpersonen wie Unternehmen und zugleich als Mehrwertsteuer gelten sollte. Überall im Lande waren Plakate aufgestellt, die aufzeigten, wie viele Kronen bestimmte Berufsgruppen an der von der ODS geplanten Steuerreform verdienen würden.

## 2. Die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD)

Den zweiten Platz bei den Abgeordnetenkommerwahlen 2006 erlangte die Sozialdemokratische Partei (*Česká strana sociálně demokratická*, ČSSD) mit 32 Prozent der Stimmen und 74 Mandaten. Sie blieb damit zwar hinter der ODS, erzielte jedoch zugleich eines der besten Ergebnisse ihrer Nachkriegsgeschichte. Mit dem exakt gleichen Ergebnis hatte die ČSSD 1998 gegen die damals durch Skandale erschütterte ODS gewonnen. Der Sozialdemokratie war es gelungen, sich als linke Alternative zur rechten ODS zu profilieren und zu stabilisieren.

<sup>39</sup> Pavel Šaradín, *Volby, analýza programů a výsledků ve volbách do Poslanecké sněmovny*, Olomouc 2002, S. 95; Vodička, *Das politische System Tschechiens*, S. 161.

Die ČSSD ist die älteste politische Partei Tschechiens. Im postkommunistischen Raum ist sie die einzige relevante Linkspartei, die nicht durch Transformation einer ehemals kommunistischen Staatspartei entstanden ist. Die Partei mit ihren 16.300 Parteimitgliedern<sup>40</sup> wählen hauptsächlich Arbeiter, aber auch Angestellte aus den vom Staatshaushalt alimentierten Bereichen wie Schul- und Gesundheitswesen, Armee und Polizei; unter den sozialdemokratischen Regierungen der Jahre 1998 bis 2004 wuchsen die Einkommen dieser Berufsgruppen binnen sechs Jahren um 60 Prozent.<sup>41</sup> Etwa 40 Prozent der ČSSD-Wähler sind Personen mit einer Berufsausbildung. Wähler mit Abitur oder Hochschulbildung sind dagegen unterdurchschnittlich vertreten.<sup>42</sup> Die meisten Parteianhänger stammen aus kleineren Städten mit 20.000 bis 30.000 Einwohnern. Die Hochburgen der Sozialdemokratie sind der Mährisch-Schlesische/*Moravsko-slezský*, der Olmüzer/*Olomoucký* und der Mittelböhmische Kreis/*Středočeský kraj*.<sup>43</sup> Der Wahlslogan der Sozialdemokratie lautete: „Sicherheiten und Prosperität“. In der Wahlkampagne betonte sie, sie werde keine radikalen Reformen der Sozialsysteme zulassen.

### 3. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (*Komunistická strana Čech a Moravy*, KSČM) erlangte fast 13 Prozent der Stimmen und 26 Mandate. Für die KSČM war das Wahlergebnis enttäuschend. In den 1990er Jahren war sie von Wahl zu Wahl stärker geworden. Die Parlamentswahlen 2006 führten eine Wende herbei. War die Partei in der vorhergegangenen Legislaturperiode mit 41 Abgeordneten im Parlament vertreten, sank die Zahl ihrer Mandate auf 26. Die hohe Wahlbeteiligung von 64 Prozent, wohl eine Folge der polarisierenden Wahlkampagne und des schönen Wetters, wirkte sich zuungunsten der Kommunisten aus. Im Wettkampf um die links orientierten Wähler war es den Sozialdemokraten offensichtlich gelungen, sich als die authentischeren und effektiveren Verteidiger der Interessen sozial Schwächerer zu profilieren.

Die KSČM ist eine direkte Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, die das Land in den Jahren 1948 bis 1989 total kontrollierte. Dies prägt sowohl ihre gegenwärtige Programmatik und Organisationsstruktur als auch die Zusammensetzung der Mitgliederbasis. Nach dem Umbruch 1989 passte sich die Partei programmatisch, ideologisch und personell der neuen Situation an. Sie wurde zur linksextremen und doktrinären Massenpartei, die gegen demokratische und marktwirtschaftliche Reformen ankämpfte, wobei sie sich sozial-populistischer und nationalistischer (antisudetendeutscher

40 Karel Vodička/Ladislav Cabada, *Politický systém České republiky*, Praha 2003, S. 219.

41 Týden 40/2004, S. 19.

42 Machonin u. a., *Strategie sociální transformace české společnosti*, S. 125.

43 Pavel Šaradín, *Volby, analýza programů a výsledků ve volbách do Poslanecké sněmovny*, Olomouc 2002, S. 94; Vodička, *Das politische System Tschechiens*, S. 154.

und antiamerikanischer) Rhetorik bediente.<sup>44</sup> Politisch ist die KSČM noch weitgehend isoliert. Obwohl ihre Mitgliederzahl von 354.000 (1992) auf 100.000 (2004) sank, blieb sie die mitgliederstärkste Partei Tschechiens.<sup>45</sup> Die KSČM-Wählerschaft weist die höchste Parteibindung auf.<sup>46</sup> Sie rekrutiert sich zu 90 Prozent aus Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen;<sup>47</sup> 40 Prozent leben in Kleinstädten.<sup>48</sup>

#### 4. Die Volkspartei (KDU-ČSL)

Die Christlich-Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (*Křesťansko-demokratická unie – Československá strana lidová*, KDU-ČSL) erlangte 7,2 Prozent der Stimmen und 13 Mandate. Das Ergebnis gehörte zu den schlechtesten seit der Wende. In der vorausgegangenen Legislaturperiode hatte die Volkspartei noch eine 21-köpfige Parlamentsfraktion gebildet. Der Verlust von 8 Mandaten machte die Bildung einer stabilen Koalitionsmehrheit mit der ODS und den Grünen unmöglich.

Die Volkspartei ist eine Partei der rechten Mitte mit katholischer Orientierung. Seit 1992 war sie mit ihrem hohen Koalitionspotential nach rechts wie nach links Mitglied aller Regierungen. Die KDU-ČSL ist mit ihren etwa 60.000 überwiegend männlichen Mitgliedern<sup>49</sup> die zweitstärkste Partei Tschechiens. Die Mitgliederzahl ging jedoch in den 1990er Jahren zurück, 1992 hatte sie noch 88.500 betragen.<sup>50</sup> Die Volkspartei wird als Repräsentantin des tschechischen Katholizismus wahrgenommen.<sup>51</sup> Sie selbst bezeichnet sich jedoch als „konfessionslos“,<sup>52</sup> was mit ihrem Bestreben zusammenhängt breitere Schichten der weitgehend säkularisierten tschechischen Gesellschaft anzusprechen. Die Wählerbasis der Volkspartei stellen zu 89 Prozent gläubige Katholiken aus ländlichen Regionen (vornehmlich Südmähren), mit durchschnittlichem Einkommen, oft ältere Menschen mit Grundschulbildung. Die Volkspartei weist den höchsten Stammwähleranteil auf. Aufgrund der breiten Wählerbasis auf dem Lande und der hohen Mitgliederzahl erreicht die Partei überdurchschnittliche Wahlerfolge bei Kommunalwahlen.<sup>53</sup>

44 Vodička, Das politische System Tschechiens, S. 164.

45 Fiala u. a., Komunismus v České republice, S. 180.

46 Ebd., S. 187.

47 Ebd., S. 189.

48 Machonin u. a., Strategie sociální transformace české společnosti, S. 125.

49 Historie KDU-ČSL, <http://www.kdu.cz/default.asp?> (26.07.2004), S. 20.

50 Politické strany, Politické strany a hnutí v ČSFR 1992, Praha 1992, S. 59.

51 Miroslav Mareš, Česká republika. In: Petr Fiala/Jan Holzer/Maximilián Strmiska (Hg.), Politické strany ve střední a východní Evropě, Brno 2002, S. 121–153, hier 137.

52 Historie KDU-ČSL, <http://www.kdu.cz/default.asp?> (26.07.2004), S. 20.

53 Vodička, Das politische System Tschechiens, S. 172.

## 5. Die Grünen

Zum ersten Mal gelangte die Partei der Grünen mit 6,3 Prozent der Stimmen und 6 Mandaten in die Abgeordnetenkammer. Der Durchbruch kann als ein Ergebnis des steigenden Lebensstandards und der Europäisierung Tschechiens angesehen werden. Den jüngeren und gebildeten Wählern sind manchmal postmaterielle Werte wichtiger als das „dicke Portemonnaie“, das die ODS versprach. Der Hauptslogan der Grünen in der Wahlwerbung lautete: „Lebensqualität“. Die Studenten wählten die Grünen zu 16 Prozent. Die Grünen sehen sich als Partei der Mitte. In ihrem Programm stehen liberale Forderungen wie die nach Senkung der direkten Steuern und der Sozialabgaben neben dem Plädoyer für eine verstärkte Rolle des Staates im Umweltschutz.

Die Grünen sahen sich als Opfer des Wahlsystems, das die größeren Parteien durch relativ kleine Wahlkreise und die d'Hondtsche Berechnungsformel begünstigt. In den meisten Wahlkreisen werden nur 10 bis 14 Mandate vergeben, so dass hier die arithmetische Grenze für ein Mandat bei sechs bis acht Prozent liegt.<sup>54</sup> Die Grünen erlangten dadurch zwar 6 Prozent der Wählerstimmen, aber nur 3 Prozent der Mandate.<sup>55</sup>

Die Begünstigung der stärkeren Parteien war die erklärte Absicht des Gesetzgebers, der die Bildung stabiler Mehrheiten in der Abgeordnetenkammer fördern wollte. Das Wahlsystem, das zu einer stabilen Regierungsmehrheit verhelfen sollte, bewirkte jedoch bei den Parlamentswahlen 2006 eine Situation, die von vielen Journalisten als Patt bezeichnet wurde: ein Gleichauf der Linken und Rechten (zu welchen auch die Grünen und die Volkspartei gerechnet wurden) mit jeweils 100 Mandaten. Für die Wunschkoalition der ODS (mit Volkspartei und Grünen) stimmten rund 200.000 und damit um 3,5 Prozent mehr Wähler als für die linken Parteien.<sup>56</sup> Das Wahlsystem begünstigte also in diesem Fall Sozialdemokraten und Kommunisten.

## 6. Wahlergebnisse in den Regionen

In Prag gewann die ODS fast jede zweite Wählerstimme. Je weiter man sich von Prag entfernte, desto geringer fielen die Stimmenergebnisse der ODS aus. Vereinfachend lässt sich sagen, dass in Böhmen die ODS, in Mähren hingegen die Sozialdemokratische Partei das Rennen machte. Die Hochburgen der Sozialdemokraten waren insbesondere die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen. Im Bezirk Karviná, wo infolge der stillgelegten Schwerindustrie und Kohlebergwerke hohe strukturelle Arbeitslosigkeit herrscht, stimmten 48 Prozent der Wähler für die Sozialdemokraten; ähnliches gilt für die strukturschwachen Be-

---

54 Lebeda, Tschechisches Patt, S. 107.

55 Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

56 Ebd.

zirke Louny, Most und Chomutov. Arbeitslose und sozial Schwache verdächtigen die ODS, sie beabsichtige Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu kürzen und strengere Voraussetzungen für ihre Auszahlung festzulegen.

Parlamentswahlen 2006. Wahlgewinner in den Kreisen



Quelle: Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

## 7. Wahlergebnisse nach Wählergruppen

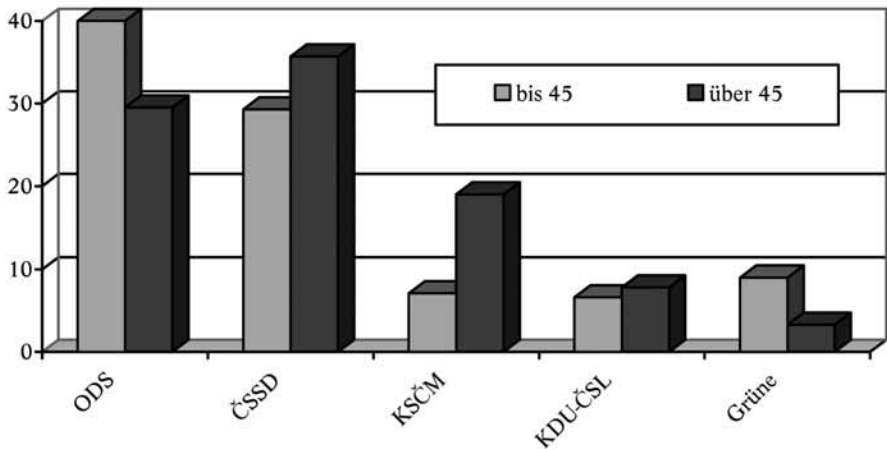
Die *jüngeren Wähler* neigten eher zur Wahl der konservativ-liberalen ODS, die sich in ihrer Rhetorik zu mehr Selbstverantwortung des Einzelnen bekannte. Gleiches gilt für die Grünen. Die *älteren Bürger* wählen dagegen eher diejenigen Parteien, die für soziale Sicherheiten eintreten, also Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Neigung zur Wahl der Kommunisten wächst noch im Rentenalter.<sup>57</sup>

Bürger mit *höherer Bildung* (Abitur, Hochschule) ziehen ODS und die Grünen vor, die mit *niedriger Bildungsstufe* Sozialdemokraten oder Kommunisten. Während für die Sozialdemokratische Partei eher Bürger mit Berufsausbildung typisch sind, stimmen für die Kommunisten häufiger Menschen mit geringer formaler Bildung.<sup>58</sup>

<sup>57</sup> Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

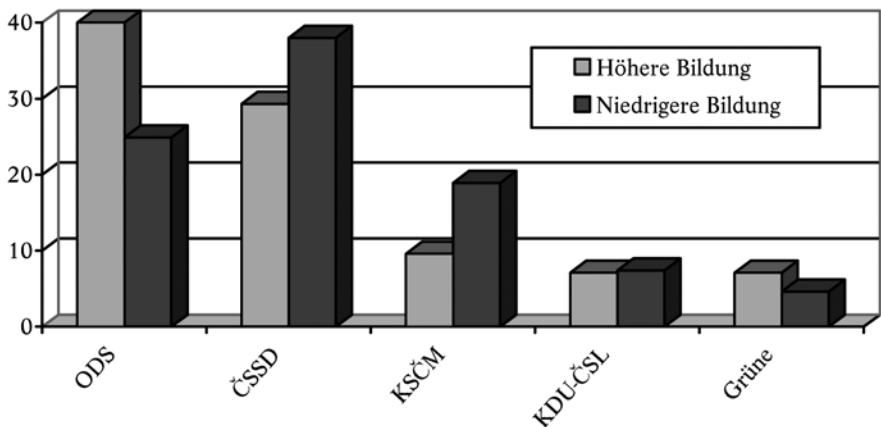
<sup>58</sup> Ebd.

## Parlamentswahlen 2006. Wahlergebnisse nach Altersgruppen



In % der Wählerstimmen. Quelle: Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

## Parlamentswahlen 2006. Wahlergebnisse nach Bildungsgrad



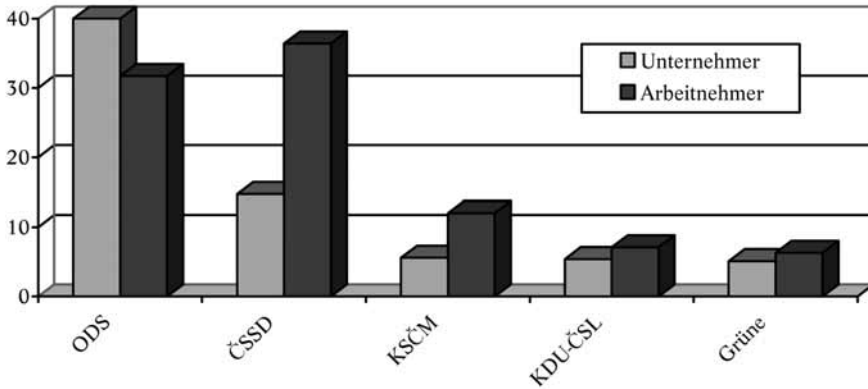
In % der Wählerstimmen. Quelle: Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

*Unternehmer und Arbeitgeber* stimmten für die ODS, die ihnen mehr wirtschaftliche Freiheiten und eine radikale Steuersenkung versprach. *Arbeitnehmer* wählten dagegen zumeist die Sozialdemokraten.<sup>59</sup> Das neue Arbeitsgesetzbuch wurde 2006 nicht mit den Stimmen der Regierungskoalition aus Sozialdemokra-

59 Ebd.

ten, Volkspartei und Freiheitsunion verabschiedet, sondern von den Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten durchgesetzt.

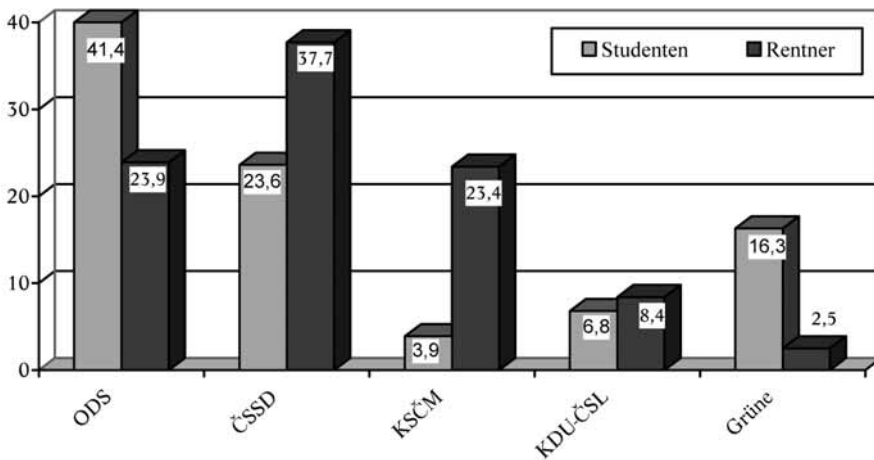
Parlamentswahlen 2006. Wahlergebnisse nach wirtschaftlicher Stellung



In % der Wählerstimmen. Quelle: Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

Studenten zogen die ODS und Grüne vor. Die meisten Rentner stimmten für die Sozialdemokraten, viele von ihnen auch für die Kommunisten. Die Grünen wurden von den Rentnern kaum gewählt.<sup>60</sup>

Parlamentswahlen 2006. Wahlergebnisse nach sozialer Stellung



In % der Wählerstimmen. Quelle: Český statistický úřad, <http://www.volby.cz>.

60 Ebd.

## V. Politische Krise nach den Wahlen

Unmittelbar nach den Wahlen wurde der ODS-Vorsitzende Mirek Topolánek vom Staatspräsidenten Václav Klaus mit „Verhandlungen über die Regierungsbildung“ und erst einige Wochen später als designierter Ministerpräsident im Sinne des Art. 62a der Verfassung (VerfG 1/1993) mit der eigentlichen Regierungsbildung beauftragt. Der ODS-Vorsitzende versuchte zunächst, seine Wunschkoalition aus ODS, Volkspartei und Grünen durchzusetzen. Da diese Koalition nur über die Hälfte der Parlamentsmandate in der Abgeordnetenkammer (100 von 200 Parlamentssitzen) verfügte und damit die erforderliche Parlamentsmehrheit für ein Vertrauensvotum fehlte, versuchte der ODS-Vorsitzende eine Toleranz der Sozialdemokraten auszuhandeln – ein Unterfangen, das von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Nachdem deutlich geworden war, dass die gewünschte Regierungskoalition keine Mehrheit bei der Vertrauensabstimmung erlangen würde, wurden die Koalitionsgespräche abgebrochen. Der Vorsitzende der Volkspartei, Miroslav Kalousek, verhandelte unmittelbar danach heimlich mit dem CSSD-Vorsitzenden, Jiří Paroubek, über die Bildung einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Sozialdemokraten und der Volkspartei – mit Tolerierung durch die Kommunistische Partei. Als diese – zunächst streng geheimen – Verhandlungen bei einer Pressekonferenz beider Parteivorsitzenden publik wurden, löste dies in der Volkspartei einen Aufstand der Kreisorganisationen aus. Die Kreisorganisationen verlangten den Rücktritt Kalouseks vom Parteivorsitz. Die Mitglieder der Volkspartei sahen sich vom Parteichef hintergangen, der sich im Wahlkampf heftig antikommunistisch geriert hatte und nun zu einer Regierungsbildung mit kommunistischer Tolerierung bereit war. Das gesamte Führungsgremium der Volkspartei (*předsednictvo strany*) sah sich alsbald zum Rücktritt gezwungen. Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten wurden eingestellt und die neue Parteispitze beteuerte in der Folgezeit unermüdlich, die Volkspartei werde keiner von den Kommunisten abhängigen Regierungsbildung zustimmen. Dies war für die Kreisfunktionäre der Volkspartei von immenser Bedeutung, da Kommunalwahlen, bei denen die Volkspartei regelmäßig ihre besten Ergebnisse erzielt, anstanden.

Eine große Koalition aus ODS und Sozialdemokraten wäre der einzige Weg gewesen, eine Koalitionsregierung mit parlamentarischer Mehrheit unter Ausschluss der Kommunisten zu bilden. Die programmatischen Ziele beider Parteien waren im Wesentlichen ähnlich: Reduktion der Arbeitslosigkeit, Kampf gegen die Korruption, Herabsetzung der direkten Steuern und Sozialabgaben, Sanierung des Staatshaushalts, Anhebung des Bildungsniveaus. Gerade die zwei wichtigsten und dringlichsten Reformen – die Renten- und Gesundheitsreform – hätten von einer großen Koalition am besten in Angriff genommen werden können.<sup>61</sup> Für eine solide Rentenreform ist ein breiter Konsens der politischen Kräfte

61 Karel Vodička, *Velká koalice? Proč ne.* In: *Mladá fronta dnes*, 20.06.2006, S. 6.



te unerlässlich. Doch die Konfrontation der beiden Parteiführungen erwies sich als unüberwindbares Hindernis. In der letzten Woche vor den Wahlen war nämlich kein fairer Kampf um Wählerstimmen, sondern eine hasserfüllte Kampagne unter Einsatz unlauterer Mittel geführt worden. Auch nach den Wahlen standen sich beide Parteiführungen feindselig gegenüber. Dabei hätte das erklärte Hauptziel der ODS, den Marsch der Kommunisten an die Macht zu blockieren, durch die Bildung einer großen Koalition mit den Sozialdemokraten am besten erreicht werden können.

Nach dem Scheitern aller Koalitionsgespräche bildete der ODS-Vorsitzende eine ODS-Minderheitsregierung. Bei der parlamentarischen Vertrauensabstimmung am 3. Oktober 2006 wurde der ODS-Regierung jedoch – erwartungsgemäß – kein Vertrauen ausgesprochen. Die Regierung trat daraufhin zurück und wurde im Sinne des Art. 62d der Verfassung (VerfG 1/1993) vom Staatsoberhaupt, Václav Klaus, zur einstweiligen Ausübung der Regierungsfunktionen bis zur Ernennung einer neuen Regierung ermächtigt. Die Verfassung legt keine Fristen fest, bis wann nach einer Regierungsdemission ein neues Kabinett ernannt werden muss. Das Staatsoberhaupt ließ durchblicken, dass es die neue Regierungsbildung erst nach den Kommunal- und Senatswahlen (20.–21. Oktober 2006; zweite Runde der Senatswahlen 27.–28. Oktober 2006) in Auftrag geben werde.

## VI. Regierungsbildung mit Fragezeichen

Am 19. Januar 2007 gewann die Koalitionsregierung, bestehend aus der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), der Volkspartei (KDU-ČSL) und den Grünen (SZ), mit Hilfe von zwei Abwechslern der Opposition die Vertrauensabstimmung. Zwei Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei (ČSSD), Michal Pohanka und Miloš Melčák, verließen vor der Abstimmung den Saal und ermöglichten damit der Drei-Parteien-Koalition eine knappe Mehrheit. Mit diesem Erfolg konnte die Minderheitsregierung offiziell die Amtsgeschäfte übernehmen. Damit war mehr als sieben Monate nach den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung die innenpolitische Krise vorerst beendet.

In der Regierung stellt die ODS neun Minister, die KDU-ČSL fünf und die Grünen vier. Der ODS-Chef Topolánek bekleidet das Amt des Ministerpräsidenten, das Finanzministerium wird nicht – wie bisher üblich – von einem Mitglied der stärksten Regierungspartei, sondern von einem Parteimitglied des kleinen Koalitionspartners, Miroslav Kalousek (KDU-ČSL), dem hohe Fachkompetenz zugeschrieben wird, geleitet. Für das Amt des Außenministers nominierte die Partei der Grünen Karel Schwarzenberg, ein Mitglied der inzwischen marginalen Demokratischen Bürgerallianz (ODA). Seine Ernennung ist für die tschechischen Verhältnisse unüblich (und wurde vom Staatspräsidenten Václav Klaus

auch kritisiert). Karl Johannes Nepomuk Josef Norbert Friedrich Antonius Wratislaw Mena Prinz zu Schwarzenberg, so sein vollständiger Name, ist ein Adliger und spricht tschechisch mit deutschem bzw. österreichischem Akzent – beides sind Eigenschaften, die im Allgemeinen in der tschechischen Öffentlichkeit nicht als sympathisch gelten. Daher kann Schwarzenbergs Ernennung auch als ein Ausdruck zunehmender nationaler Toleranz angesehen werden. Der Vorsitzende der Partei der Grünen, Martin Bursík, wurde Umweltminister. Er bekräftigte in seiner Rede den vorläufigen Baustopp für Atomkraftwerke in Tschechien.<sup>62</sup>

Die Debatte vor der Vertrauensabstimmung zog sich in die Länge. Die Opposition griff den politischen Gegner scharf an. Der Regierungschef Topolánek versprach in seiner Rede, dass die Koalition den Dialog mit den beiden linken Oppositionsparteien, den Sozialdemokraten und den Kommunisten, suchen werde. Seine „Regierung des Konsenses“ sei der beste Weg aus der Krise. Dies wies der Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, Jiří Paroubek, entschieden zurück. Das Kabinett sei „volksfeindlich“, gefährde den sozialen Frieden in Tschechien und bremse den europäischen Integrationsprozess, kritisierte der frühere Regierungschef. Der außenpolitische Sprecher der ČSSD, Lubomír Zorálek, sagte, er vermisse eine klare Haltung der Regierung zur Gestaltung Europas. Er kritisierte, das Kabinett isoliere mit seiner „euroskeptischen“ Haltung Tschechien in Europa.<sup>63</sup>

Die Vorwürfe der Opposition, das Mitte- Rechts-Bündnis habe die zwei Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, Michal Pohanka und Miloš Melčák, bestochen, wies der ODS-Parteichef Topolánek zurück. Vor der Parlamentsdebatte zur Vertrauensabstimmung hatten beide Abweichler ein Tolerierungsabkommen mit den drei Regierungsparteien unterzeichnet. Darin sagt das schwarz-grüne Bündnis den beiden Abgeordneten in sehr diffuser Weise zu, die geplanten Reformen sozialverträglich zu gestalten. Michal Pohanka und Miloš Melčák hatten ihren überraschenden Schritt damit begründet, dass es für die Stabilität des Landes notwendig gewesen sei.<sup>64</sup>

Vieles deutet jedoch darauf hin, dass die Abweichler nicht aus den von ihnen dargestellten edlen Motiven handelten. Der engste Vertraute des Ministerpräsidenten, Marek Dalík, behauptete bereits mehrere Wochen zuvor, dass die ODS-Regierung die Vertrauensabstimmung mit Hilfe der Überläufer gewinnen werde. Dalík war die einzige Person, die Kontakt zum Abgeordneten Pohanka hatte, nachdem dieser angekündigt hatte, die ČSSD-Parlamentsfraktion verlassen zu wollen. Dalík traf sich mit beiden Abtrünnigen einen Tag vor der Pressekonferenz, bei welcher das Überlaufen beider Abgeordneten publik wurde; dieses

62 Aufzeichnung der Parlamentsdebatte in: [http://www.psp.cz/eknih/2006ps/stenprot/009schuz/\(01.02.2007\)](http://www.psp.cz/eknih/2006ps/stenprot/009schuz/(01.02.2007)).

63 Ebd.

64 Právo 17.01.2007, S. 2; Mladá fronta dnes, 17.01.2007, S. A3; Aufzeichnung der Parlamentsdebatte in: [http://www.psp.cz/eknih/2006ps/stenprot/009schuz/\(1.2.2007\)](http://www.psp.cz/eknih/2006ps/stenprot/009schuz/(1.2.2007)).

Treffen war für Dalík wichtiger als der für diesen Tag einberaumte Termin beim Staatspräsidenten Václav Klaus.<sup>65</sup>

Der Vertrauensmann des Ministerpräsidenten, Dalík, wurde bereits im Jahre 2004 von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, er habe versucht, den damaligen Abgeordneten Kořistka (US-DEU) mit 10 Mio. Kronen zu bestechen, damit er bei der Vertrauensabstimmung gegen die amtierende ČSSD-Regierung stimme. Dies zeigte der Abgeordnete Kořistka an. Die Indizien sprachen eindeutig für diesen Tatbestand,<sup>66</sup> reichten jedoch für die Verurteilung von Dalík nicht aus. Dalík wurde aus der Haft entlassen und blieb der engste Mitarbeiter und Vertrauensmann des ODS-Parteichefs und gegenwärtigen tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolánek.

## VII. Abschließende Anmerkungen

Die Konsolidierung des politischen Systems Tschechiens ist auf der konstitutionellen bzw. institutionellen Ebene weit fortgeschritten. Auch das intermediäre System konsolidierte sich rasch. Die Ebene des Verhaltens der politischen Akteure sowie die der Zivilgesellschaft können jedoch noch nicht als konsolidiert bezeichnet werden. Im Hinblick auf die aktuelle politische Kräftekonstellation, die institutionelle Konfiguration und externe Faktoren (NATO- und EU-Mitgliedschaft) erscheint jedoch eine autoritäre Wende in Tschechien höchst unwahrscheinlich. Es kann indes nicht ausgeschlossen werden, dass der Transformationsprozess langfristig auf einem niedrigen Konsolidierungsniveau zum Stillstand kommt. Dies könnte sich in einer minimalen politischen Partizipation der – verdrossenen – Bürger äußern, in einer weiterhin ineffektiven Staatsverwaltung und Justiz, in massiv verbreiteter Korruption, in der Einnistung der organisierten Kriminalität und in der schwachen Fähigkeit des Staates öffentliche Angelegenheiten zu steuern. In der Tendenz wurde zwar im Zeitraum 1993 bis 2006 dieses ungünstige Szenario immer unwahrscheinlicher, doch die politische Krise nach den Parlamentswahlen 2006 und die befremdende Art ihrer Lösung haben die positive Entwicklung zumindest zeitweise gestoppt.

Die Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen 2006 erwies sich aufgrund der Kräftekonstellation in der Abgeordnetenkammer, der starken Präsenz der Kommunisten im Parlament sowie wegen der Feindschaft der Parteiführungen der bürgerlichen Demokraten und der Sozialdemokraten als extrem schwierig. Die Tatsache, dass die Vertrauensabstimmung, durch welche die gegenwärtige Regierung bestätigt wurde, mit Hilfe von Abweichtlern und unter merkwürdigen Umständen zustande kam, mindert ihre Legitimität. Die bislang erreichte Konsolidierung des politischen Systems und seine institutionelle Stabi-

65 Mladá fronta dnes, 17.01.2007, S. A3; Právo 17.01.2007, S. 2.

66 Karel Vodička: Co ví předseda Topolánek? In: Mladá fronta dnes, 05.10.2004.

lität sind dadurch jedoch in der Substanz nicht gefährdet. Es kann davon ausgegangen werden, dass das politische System – trotz der vorläufigen Krise – in seinen Fundamenten fest bleibt. Die NATO- und EU-Mitgliedschaft spielen hierbei eine wichtige Rolle.